

# Hier ist

# DIE LINKE.

## **KLIPP & KLAR**

DIE LINKE. Wiesbaden  
informiert. August 2011

### **Platz der deutschen Einheit Es gibt Alternativen zum Großprojekt**

Dass die Parteien, die den Bau des Gebäudekomplexes mit Geschäftshaus und bundesligatauglicher Großsporthalle am Platz der deutschen Einheit betreiben, bei den Kommunalwahlen im März 2011 in den anliegenden Wohngebieten massive Stimmenverluste erlitten, ist kein Zufall. So verlor allein die SPD im Ortsbezirk Westend rund sechs Prozent. Gewonnen haben vor allem die Grünen, bei denen sich seit Sommer 2010 Skepsis gegenüber dem Großprojekt einstellte, aber neben anderen auch Die Linke, die hier mit 9,4 Prozent das beste Ergebnis aller Ortsbezirke holte.

Im Westend überstimmte der Ortsbeirat gleich bei seiner Konstituierung mit einer knappen Mehrheit von 8:7 Stimmen SPD, CDU und FDP und fasste einen Beschluss gegen die Be-



bauungspläne. Dies hätte für CDU und SPD, die Koalitionsparteien im Rathaus, Anlass sein können, um über Alternativen nachzudenken. Doch dazu kam es leider nicht.

Eine Frage von vielen: Warum halten die Koalitionspartner an der voluminösen „bundesligatauglichen“ Großsporthalle für einen Volleyballverein fest, dessen Existenz bis zur Fertigstellung keinesfalls gesichert ist?

Veranstaltungshinweis:  
**Wem gehört die Stadt?**  
Gespräch mit Christoph Twickel  
(Buchautor, Hamburg)

- Dienstag, 30. August 2011, 19.30 Uhr,
- Georg-Buch-Haus, Wellritzstraße 38 Wiesbaden

Sicher ist hingegen: Kommt das Großprojekt, so leidet die Lebensqualität der Anwohner. Luft- und Lärmbelastung werden zunehmen, wenn Besucher von Sportveranstaltungen nicht nur mit dem Bus anreisen, sondern in der Innenstadt Parkplätze suchen. Zudem könnten steigende Immobilienpreise und Mieten in der Umgebung die Anwohner und Geschäftsleute vertreiben.

Statt Betonklotz fordern wir eine Schulsporthalle für die Elly-Heuss-Schule und sonst nur Grünflächen mit Spiel- und Freizeitangeboten sowie mehr und bessere Radwege. Dies alles kostet wesentlich weniger Geld! **Infos: [www.wi-ppp.de](http://www.wi-ppp.de)**

#### **Kommunalwahl: LINKE gestärkt!**

Bei der Kommunalwahl am 27. März 2011 errang DIE LINKE drei Sitze im Stadtparlament. Die drei Stadtverordneten Hartmut Bohrer, Veit Wilhelmy und Manuela Schon bildeten im April gemeinsam mit den zwei Stadtverordneten der Piratenpartei die Rathausfraktion LINKE&PIRATEN. Aus unseren Reihen wurde Mechthilde Coigné in den Magistrat gewählt.

Außerdem sind wir jetzt in folgenden Ortsbeiräten vertreten: Mitte, Westend/Bleichstraße, Rheingauviertel-Hollerborn, Nordost, Südost, Dotzheim, Erbenheim, Bierstadt, Kastel (AUF) und Kostheim (AUF).

#### **Nein zur Privatisierung der HSK!**

CDU und SPD wollen die Tür öffnen für eine Privatisierung der Wiesbadener Dr.-Horst-Schmidt-Kliniken (HSK). So steht es im Koalitionsvertrag beider Parteien etwas verklausuliert.

DIE LINKE. Wiesbaden lehnt dies strikt ab, weil dabei die Interessen der Beschäftigten und PatientInnen auf der Strecke bleiben. Gesundheit ist keine Ware und darf nicht den Renditeinteressen privater Investoren dienen. Wir suchen den Schulterschluss mit allen Beschäftigten, Patienten und Menschen, die sich wehren wollen. Näheres besprechen wir am Freitag, 26. August 2011, ab 18.30 Uhr im Georg-Buch-Haus, Wellritzstr. 38.

## Schulsanierung statt Millionensubventionen für private EBS!

Während ein Prüfbericht zur massiven Zweckentfremdung von Steuergeldern durch die European Business School (EBS) Hessen aufschreckt, halten CDU und SPD in Wiesbaden an der städtischen Subventionierung der EBS durch den Bau einer Tiefgarage am alten Gerichtsgebäude an der Moritzstraße fest.

An unserer Position zur EBS hat sich auch nach der Kommunalwahl nichts geändert. Wir lehnen die Subventionierung der privaten „Elite“-„Universität“ aus Steuermitteln grundsätzlich ab. Bildung für alle ist eine öffentliche Aufgabe und muss dies auch bleiben.

Statt einer Vergeudung von Steuergeldern für die private EBS täten Oberbürgermeister Müller und der Magistrat gut daran, einige Millionen in die bauliche Sanierung der Comeniuschule oder der Albert-Schweitzer-Schule zu investieren. Aber dort handelt es sich offenbar nicht um die CDU- oder FDP-Klientel.

Die im Koalitionsvertrag von CDU und SPD für Wiesbaden vereinbarte Verklausulierung der städtischen Zuschüsse für die EBS-Tiefgarage als Beitrag zur Stadtentwicklung für den Bereich Moritzstraße ist ein Schlag ins Gesicht aller denkenden Bürger. Und sie ist ein erstklassiger Wahlbetrug der Wiesbadener SPD, die noch vor dem 27. März mit Plakaten gegen das Projekt EBS-Law School auf Stimmenfang ging.

Wir bleiben dabei: Stadt und Land müssen ab sofort die Förderung für die EBS komplett einstellen. Angesichts eines großen Anstrums von Studienplatzbewerbern gehören öffentliche Gelder in öffentliche Hochschulen. Für diese Forderungen wird sich DIE LINKE auch in den kommenden Wochen und Monaten öffentlich einsetzen.



[www.die-linke.de/mitgliedschaft/eintreten/eintrittserklaerung/](http://www.die-linke.de/mitgliedschaft/eintreten/eintrittserklaerung/)

## Tatsachen statt billiger Propaganda Neue Griechenland-Broschüre klärt auf



**20 beliebte Irrtümer in der  
Schuldenkrise:  
«Verkauft doch eure Inseln,  
ihr Pleite-Griechen!»**

Download Im Internet:  
[www.rosalux.de/publication/37617](http://www.rosalux.de/publication/37617)

**Kommentar:**

## Griechenland und Hessen

In Griechenland liegt derzeit Einiges im Argen! Wie so oft im Leben gibt es mehrere Ursachen. Über die Rolle der Banken, die Griechenland stets großzügig mit Krediten versorgt haben, und über die zugehörige Finanzindustrie ist schon viel geschrieben worden. Goldman Sachs lässt grüßen. Über den Fakt, dass unser riesiger Außenhandelsüberschuss Teil des Problems ist, wird in den vorwiegend neoliberal orientierten Blättern schon weniger berichtet. Ebenso über die Tatsache, dass nach dem von der NATO unterstützten Militärputsch die bis 1974 andauernde Diktatur mit militärischen Mitteln die Grundlagen dafür legte, dass eine Handvoll Familien, zumeist Reeder und Finanzkapitalisten, 90 Prozent des Reichtums besitzen und kaum Steuern zahlen. Diese Steuervermeidung hat mittlerweile die gesamte griechische Gesellschaft durchsetzt. Und ohne Steuern ist kein Staat zu machen!

Deutschland unterscheidet sich hier von Griechenland. Deutsche Beamte sorgen dafür, dass durch regelrechte Steuerzahlungen der Staat handlungsfähig bleibt. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, vollziehen sie ihren Dienst zum Wohle des Staates und seiner Bürgerinnen und Bürger. Dies gilt für Finanzbeamte, Steuerfahnder, Feuerwehrleute, Polizisten und Lehrer. Zumindest sie nehmen das besondere Treueverhältnis zum Staat ernst.

Umgekehrt hält die Hessische Landesregierung weniger von Treue, besonders von „Tariftreue“. Willkürlich verzögert sie die nach der Tarifierhöhung für Arbeiter und Angestellte gebotene Erhöhung der Beamtenbesoldung um sechs Monate bis zum 1. Oktober 2011. Selbst in diesen Zeiten des propagierten „Aufschwungs“ ist für eine pünktliche Besoldungserhöhung für die Beamten offenbar kein Geld da. Die vereinbarte Erhöhung beträgt übrigens 1,5%, bei einer Inflationsrate von derzeit 2,3%. Eine Motivation oder Anerkennung der erbrachten Leistungen sieht anders aus.

Da passt gut ins Bild, das sich der Landtag im Sommer 2011 die Diäten selbst erhöht hat. Und zwar um 2,8% - wegen der gestiegenen Lebenshaltungskosten! Eine sechsmonatige Verschiebung haben unsere Volksvertreter für sich nicht vereinbart.

Liebe Abgeordnete, ich wüsste ein Land, in dem ihr noch besser für euch sorgen könntet. **Herbert G. Just**

## Kein Platz für Nazis!

Dass die Wiesbadener Verwaltung im Mai wieder ohne Not der Neonazi-Organisation Junge Nationaldemokraten (JN) einen Platz in der Stadt überlassen hat, kritisiert nicht nur DIE LINKE. So haben auch die Gewerkschaften ver.di und EVG den Magistrat aufgefordert, alle möglichen Mit-

tel zum Verbot solcher Veranstaltungen konsequent auszuschöpfen, den Neonazis alle möglichen Hindernisse in den Weg zu legen, und alles zu unternehmen, um die Mobilisierung einer breiten demokratischen Gegenöffentlichkeit zu fördern.

Die Wiesbadener SPD hingegen hält sich aus Rücksicht auf den Koalitionspartner CDU bedeckt.

**Impressum:** DIE LINKE. Wiesbaden; Römerberg 9, 65183 Wiesbaden, Tel.: 0611 30 86 498, Redaktion und Gestaltung: Hans-Gerd Öfinger, E-Mail: [hans-gerd.oefinger@die-linke-hessen.de](mailto:hans-gerd.oefinger@die-linke-hessen.de), V.i.S.d.P.: Jörg Jungmann